

Firmen sollen weniger Plastikmüll produzieren

Dübendorf Bisher waren es die Schüler öffentlicher Schulen, welche die Klimadebatte dominierten. Jetzt engagieren sich aber auch Schüler des privaten Lycée français für die Natur – mit einer Petition.

Deborah von Wartburg

In den letzten Monaten gingen überall Schüler auf die Strasse. Nach dem Vorbild von der schwedischen Aktivistin Greta Thunberg demonstrierten sie für eine nachhaltigere Klimapolitik. In Wezikon zog das Schülerengagement einen Polit-Streit nach sich, nachdem ein SVP-Politiker die Demonstrationen als «orchestriert» betitelt hatte. In Uster wollte eine Schülerin per Einzelinitiative den Klima-Notstand ausrufen.

Zurückhaltende Private

Die Privaten hatten sich bisher in der Debatte eher zurückgehalten. Jetzt kommt aber eine Stimme aus einer Ecke, aus der man sie zunächst vielleicht nicht erwarten würde. In der fran-

zösischen Schule, dem Lycée français in Dübendorf, einer Privatschule mit Schulgeldkosten zwischen 5500 und 31'750 Franken pro Jahr, haben Schüler in einem Atelier eine Petition lanciert, in der Unternehmen aufgefordert werden, weniger Plastik zu produzieren. Ausgerechnet Privatschüler, von denen viele erwarten, dass sie später in der oberen Etage eines solchen Unternehmens einsteigen, wollen die Firmen nun zur Ökologie mahnen.

Petition entstand in Freifach

Die Petition, die auf der Internetplattform change.org einsehbar ist, entstand in einem Freifach, das die Schüler wählen konnten. Anita Poissel, Lehrerin für Biologie am Lycée, leitete das «Atelier». Sie sagt: «Die Idee mit

der Plastik-Petition haben Lehrer und Schüler gemeinsam entwickelt.»

Bis gestern Nachmittag sind 4720 Online-Unterschriften zusammengekommen. 5000 und mehr Unterschriften sind das Ziel. So wollen die Schüler genügend Überzeugungskraft aufbauen, um die Unternehmen zu bewegen. Die Forderung am Ende bleibt dann aber doch eher vage. Da steht: «Mit dieser Petition werden wir Unternehmen auffordern, ihren Kunststoffverbrauch zu senken. Wir danken Ihnen.» Sie enthält keine konkreten Zielgrößen für die angesprochenen Firmen. Die Vagheit ist wohl dem jugendlichen Alter der Petitionsverfasser zuzuschreiben.

Sobald man die Unterschriften beisammen habe, werde man

die Petition an ausgewählte Schweizer Unternehmen weiterleiten, sagt Poissel. Welche dies sein werden, habe die Gruppe noch nicht entschieden, aber denkbar sind die grossen Detailhändler Coop und Migros.

Anita Poissel weiss nicht, ob ihre Schüler im Vergleich zu Schülern öffentlicher Schulen politischer oder weniger politisch seien. «Wir achten aber darauf, dass wir sie politisch neutral unterrichten.» Die Lehrer versuchen laut Poissel, die Schüler zu mündigen Bürgern mit einer fundierten Meinung zu erziehen. Im Bereich Klima bedeute das vor allem, wissenschaftliche Fakten zu vermitteln.

Sonderregelung für Absenz

Das Thema Klimastreik habe man ebenfalls im regulären

Unterricht behandelt, erklärt Poissel. Sandrine Maillot, die Kommunikationsverantwortliche des Lycée français ergänzte: Es habe auch einzelne Schüler gegeben, die am Klimastreik teilgenommen haben. Während in den öffentlichen Schulen daraufhin jedoch ein Streit um die Rechtmässigkeit der streibedingten Absenzen ausbrach, war die Regelung am Lycée klar. Denn die Schule richtet sich nach dem französischen Bildungsministerium. Dieses verlangt, dass jede Absenz von den Eltern schriftlich begründet wird. Sobald ein Schüler ohne eine solche Erlaubnis fehlt, werden die Eltern angerufen.

Die Schüler, die am Klimastreik teilgenommen haben, mussten am nächsten Tag also lediglich eine entsprechende Er-

laubnis ihrer Eltern vorweisen. «Kein Schüler wurde wegen der streikbedingten Abwesenheit gebüsst», sagt Sandrine Maillot. Wie die französische Schule in Dübendorf das Thema Klimastreik und Abwesenheit der Schüler künftig behandle, hänge aber davon ab, wie sich die Angelegenheit in den nächsten Monaten weiter entwickle.

Lycée français

Das Lycée français in Dübendorf ist die einzige Schule im Kanton Zürich, deren Abschluss vom französischen Bildungsministerium und vom Auswärtigen Amt staatlich bewilligt und akkreditiert ist. Insgesamt gehen gegenwärtig 1052 Schüler im Lycée français zur Schule. (zo)

«Der Rat ist grüner geworden»

Uster Am Montag leitet Matthias Bickel (FDP) zum letzten Mal eine Parlamentssitzung als Ratspräsident.

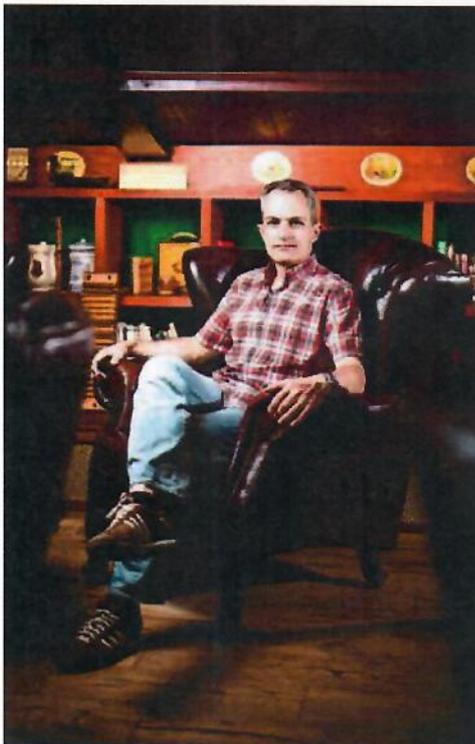
Herr Bickel, um das Verhältnis zwischen dem Ustermer Stadtrat und dem Parlament stand es während der letzten Legislatur nicht zum Besten. Hat sich die Atmosphäre in der Zeit nach den Erneuerungswahlen 2018 verbessert?

Matthias Bickel: Sie hat sich sicher entspannt. Zuvor war die Beziehung zwischen einzelnen Gemeinde- und Stadträten in der Tat etwas schwierig, und manche Exponenten der Exekutive zeigten zunehmend Verschleisserscheinungen. Unter der neuen SP-Stadtpäsidentin Barbara Thalman herrscht neuer Elan. Auch auf der Position des Stadtschreibers und im Ressort Bau kam es zu personellen Änderungen, die sich positiv ausgewirkt haben. Der neue Bauvorstand Stefan Feldmann ist sehr eloquent und im Auftritt staatsmännisch. Nicht zuletzt konnte wohl auch ich als erster Ratspräsident in dieser Legislatur dazu beitragen, bestehende Verkrustungen aufzubrechen – mit Gesprächen, die vor allem hinter den Kulissen stattfanden.

Inwiefern ist der Linksrutsch in Stadt- und Gemeinderat spürbar?

Der Rat ist sicher grüner geworden. Sogar die SVP lancierte zuletzt ja ein Postulat für Velopumpen im öffentlichen Raum. Und der Stadtrat ist im Vergleich zu früher wohl offener gegenüber Vorstössen von links. Ansonsten hat sich gerade im Stadtrat die Kräfteverschiebung nicht so stark gezeigt. Die neuen Stadträtinnen und Stadträte mussten in erster Linie bestehende Geschäfte weiterführen.

Es ist in Uster üblich geworden, dass der Ratspräsident seine Amtszeit unter ein bestimmtes Motto stellt. Sie wollen das Bewusstsein der Parlamentarier für einen «weiten Horizont» schärfen. Die Gemeinderäte sollten das grosse Ganze sehen und deshalb eher mal hinter den Kulissen das Ge-



Am kommenden Montag geht Matthias Bickels Ära als Ustermer Gemeinderatspräsident zu Ende. Archivfoto: Christian Merz

Vorstoss zu lancieren. Ist Ihre Botschaft angekommen?

Nicht unbedingt. Die meisten Gemeinderäte haben nun mal ihre eigene Agenda – gerade in Zeiten des Wahlkampfes. Und vor allem bei Mitte-links scheint die Lust auf Vorstösse ungebrochen. Man muss sich nur die Traktandenlisten der letzten Sitzungen ansehen, die vor Postulaten, Motionen und Anfragen nur so strotzen.

Die Gemeinderatssitzungen dauern heute wesentlich länger

Früher konnte sich ein Ratspräsident darauf einstellen, dass die Budgetdebatte vom Dezember der grösste Brocken und danach das Grösste vorüber ist. Das ist definitiv nicht mehr so. Wir hatten zuletzt nicht nur zahlreiche Vorstösse zu behandeln, sondern auch über Geschäfte zu befinden, die viel zu reden gaben: die Abfall- und die Abstellplatzverordnung oder den Gerichtsplatz, um nur einige zu nennen. Und es wird nicht unbedingt besser: Bald stehen zum Beispiel die Debatte über die neue Gemeinde-

Stösst das Millizsystem in Uster an seine Grenzen?

Diese Frage kann man sich schon stellen. Die Geschäfte werden immer komplexer und aufwendiger. Wir Parlamentarier sind extrem gefordert und machen das Ganze praktisch ehrenamtlich. Vielleicht könnte eine Aufstockung der Parlamentsdienste zur fachlichen Unterstützung der Gemeinderäte Abhilfe schaffen.

Sie selbst sind vom Naturell eher ruhig und zurückhaltend, waren auf dem «Bock» – dem Platz im Ratssaal, auf dem Gemeinderatspräsident sitzt – aber exponiert. Freuen Sie sich darauf, im Parlament wieder einer unter vielen zu sein?

Mir gefiel es eigentlich, als Ratspräsident auf das grosse Ganze schauen zu müssen und das Parlament repräsentieren zu können. Die Oppositionsrolle, die man als Gemeinderat mitunter einnehmen muss, habe ich nicht vermisst. Das liegt vielleicht an der staatstragenden DNA, die man als FDP-Mitglied automatisch hat (lacht). Hinzu kommt, dass ich mir eine Routine erarbeitet habe. Daher hätte ich es gut noch ein zweites Jahr auf dem «Bock» ausgehalten. Ich bin aber immerhin auch in nächster Zukunft noch Mitglied der Geschäftsleitung des Gemeinderats und muss deshalb nicht ganz auf Feld 1 zurück.

Stichwort Zurückstufung: Bei den Kantonsratswahlen vor anderthalb Wochen wurden Sie von der FDP des Bezirks Uster auf dem guten zweiten Listenplatz geführt, rutschten dann aber auf Rang drei ab und verpassten die Wahl. Wie sehr schmerzt Sie dieser Umstand noch?

Der Frust war sicher gross, wobei solche Wahlen immer auch ein Stück weit eine Lotterie sind. Ich habe im Wahlkampf Volllgas gegeben, doch es reichte nicht – auch weil die Wähler offensicht-

der FDP-Liste rückte Raffaella Fehr auf den zweiten Platz vor, überholte Matthias Bickel und wurde gewählt. (Anm. der Red.). Dass bei diesen Wahlen nicht allein der politische Leistungsausweis das Ausschlaggebende war, konnte man ja anhand der Nichtwahl Thomas Vogels in den Regierungsrat sehen.

Benjamin Rothschild

ANZEIGE

Heldenstatus schon ab 75 Franken

Mit uns gegen das Böse kämpfen. Werde Mitglied auf amnesty.ch

AMNESTY INTERNATIONAL

